

## Kosovo

### Endlich Einigung mit Serbien?

In den Streit um das Kosovo könnte Bewegung kommen – und der Impuls geht von serbischer Seite aus. Zunächst hatte Präsident Aleksandar Vučić einen innerserbischen Dialog angeregt, um das Problem aus der Welt zu schaffen. Am Montag ging der Außenminister noch weiter und schlug vor, den mehrheitlich serbisch besiedelten Norden des Kosovo seinem Land zuzuschlagen – und als Gegenleistung offenbar den Rest diplomatisch anzuerkennen. Die Regierung in Belgrad hofft, damit eine entscheidende Hürde für den EU-Beitritt aus dem Weg zu räumen. Das seit 2008 unabhängige Kosovo gilt in Serbien bislang offiziell als autonome Provinz.

Die albanische Seite scheint zumindest nicht gänzlich abgeneigt. „Das ist ein unge-

wöhnlicher Vorschlag“, sagte Albaniens Premierminister Edi Rama. Um das historische Amsfeld hatten Serben und Albaner zwischen 1998 und 1999 Krieg geführt. Der in dessen Folge geschaffene jüngste Staat Europas ist kleiner als Schleswig-Holstein und bettelarm.

Da es den im Juni gewählten nationalistischen Hardlinern im Kosovo noch immer nicht gelungen ist, eine Regierung zu bilden, hat sich in Priština bislang nur Präsident Hashim Taçi indirekt zu dem Plan geäußert. Er schrieb: „Die Zeit für größere und kühnere Führung ist gekommen“, man könne nicht wie bisher weitermachen, um die Beziehungen zu Serbien zu normalisieren. Es brauche endlich ein endgültiges Abkommen und gegenseitige Anerkennung, „als die einzige Möglichkeit, alle Streitigkeiten ein für alle Mal zu beenden“. jpu

## Mexiko

### Blutiger Sommer

Die Bewohner von Mexiko-Stadt kannten Schießereien auf offener Straße, Massengräber und verstümmelte Leichen bislang nur aus dem Fernsehen. Jetzt hat der Drogenkrieg die Hauptstadt erreicht, sie ist erstmals Schauplatz blutiger Gefechte zwischen rivalisierenden Banden und den Sicherheitskräften geworden. Im Juli stürmten Soldaten ein Haus des Drogenbarons Felipe de Jesús Pérez Luna alias El Ojos in einem Vorort, acht Menschen kamen ums Leben. Pérez Luna und seine Leute kontrollierten weite Regionen im Süden von Mexiko-Stadt. In der Nacht zum Sonntag kam es zu einer Schießerei in einer Bar in der Altstadt, zwei Unbeteiligte starben. Die Bürgerorganisation „Causa en Común“ geht davon aus, dass 14 Drogenkartelle in der Hauptstadt aktiv sind, die Staatsanwaltschaft hat Untersuchungen gegen zehn Banden eingeleitet. Sie sind zumeist kleiner als die Kartelle im Norden und Westen des Landes, aber nicht weniger gewalttätig. Mexiko-Stadt verfügt mit 95 000 Beamten über die größte Polizeitruppe des Landes, bislang galt die 20-Millionen-Metropole als relativ sicher.

Doch das ändert sich nun. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres sollen in der Gegend um die Hauptstadt 330 Menschen im Zusammenhang mit Drogendelikten getötet worden sein. Auch in den Urlaubsparadiesen Cancún und Baja California, die weitgehend von der Gewalt verschont waren, ist der Drogenkrieg nun entbrannt. In Cancún streiten sich mehrere Gangs um die Schmuggelrouten an der Karibikküste, auf der Halbinsel Baja California kämpfen Nachfolger des inhaftierten Kartellchefs El Chapo um die Vorherrschaft. Allein im Juni sind im ganzen Land 2234 Menschen ermordet worden, damit gilt er als der blutigste Monat seit 20 Jahren. jgl



Aids-Aufklärungsunterricht in einer sambischen Schule

## Sambia

### Zwang zum HIV-Test

In dem Land im südlichen Afrika wird künftig jeder Bürger auf HIV getestet, der ins Krankenhaus kommt – auch gegen seinen Willen. Auf diese Weise will die Regierung Aids bis 2030 ausrotten. In den vergangenen Jahren hat Sambia die Zahl der Neu-

erkrankungen um 60 Prozent gesenkt. Der Zwangstest soll auch das Bewusstsein dafür schärfen, dass die Gefahr durch das Virus mitnichten gebannt ist. Kranke werden in der Öffentlichkeit stigmatisiert, weshalb viele Menschen sich nicht testen lassen. Fast jeder zehnte der mehr als 16 Millionen Sambier ist mit dem Virus infiziert. jpu

## Fußnote

# 70 Prozent

der Selbstmordattentäter, die im Namen von Boko Haram Anschläge begehen, sind Frauen und Kinder. Die nigerianische Terrorgruppe schickt sie auf belebte Plätze und Märkte, weil sie weniger den Verdacht von Sicherheitskräften erregen als Männer. Boko Haram ist zwar militärisch ins Hintertreffen geraten, aber noch längst nicht besiegt. Allein seit Juli haben die Terroristen mehr als 300 Menschen getötet.



# Instant-Jogging

Diese Kabine mit Laufband, Klimaanlage und Fernseher steht in Peking. Wer kurz ein bisschen Sport in smogfreier Luft treiben will, kann sie für umgerechnet drei Cent pro Minute per Smartphone-App buchen. Ähnliche Container lassen sich auch für schnelle Karaoke-Einlagen oder den Mittagsschlaf mieten; inzwischen kann man sogar Basketbälle und Regenschirme gegen eine kleine Gebühr ausleihen. Solche Sharing-Angebote boomen in China, Schätzungen zufolge könnten sie in wenigen Jahren über zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachen.



GREG BAKER / AFP

## Analyse

# Nächste Station Minsk

*Warum Moskaus Soldaten nach dem Manöver einfach in Weißrussland bleiben könnten*

Wird Weißrussland die nächste Krim? Diese Sorge haben zumindest viele Oppositionelle in dem diktatorisch regierten Staat, eingeklemmt zwischen EU und Russland. Denn für das Manöver „Sapad“ rücken derzeit rund 3000 russische Soldaten in Weißrussland ein – und könnten danach einfach da bleiben. Die gefürchteten „grünen Männchen“ wären damit im nächsten Staat gelandet, den Wladimir Putin unterwerfen könnte. Auf der ukrainischen Krim hatten russische Soldaten in grünen Uniformen ohne Hoheitszeichen vor drei Jahren zunächst Schlüsselpositionen besetzt und so nach und nach die Annexion durch Moskau betrieben.

Der Experte Arsenij Siwizki vom Zentrum für strategische und außenpolitische Studien in Minsk warnt vor einem ähnlichen Szenario: Mit einigen Tausend Soldaten in Weißrussland hätte der Kreml die Möglichkeit, Druck auf die Regierung auszuüben. Zwar steht Weißrussland, anders als die Ukraine,

nicht vor einer engeren Anbindung an die Europäische Union, im Gegenteil: Alexander Lukaschenko imitiert einen sowjetischen Herrschaftsstil bis hin zu seinen Uniformen, sein Regime wird von Moskau gesponsert. Doch ab und an nimmt Lukaschenko sich Eigenmächtigkeiten heraus, die Moskau ärgern: So schlug er 2015 Russland die Bitte ab, eine Militärbasis in seinem Land zu errichten. Mitunter liebäugelt er sogar mit der EU, lobt Demokratie und Menschenrechte – auch wenn er natürlich nicht plant, diese in seinem Land einzuführen.

Diese Schaukelpolitik würde mit russischen Truppen in Weißrussland ein Ende nehmen. Putin hätte in diesem Fall ein weiteres Land eng an sich gebunden und von der „europäischen Versuchung“ abgebracht, und zwar auf lange Sicht. Die weißrussische Opposition müsste ihre Hoffnungen begraben, doch eines Tages mit ihren Protesten das System Lukaschenko ins Wanken zu bringen.

Jan Puhl